

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 21 (1980)  
**Heft:** 2

**Rubrik:** Prüderesken der Zensur

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

gen (Lebensmittelversorgung, ärztliche Betreuung usw.) im vertrauten Gespräch gesagt habe, er befinde sich «in einem goldenen Käfig». Diese Metapher entspreche aber, wie Jakunin unterstreicht, nur teilweise der Wirklichkeit — sei denn der Käfig nicht aus weichem Gold gefertigt? «Lassen sich nachgiebige Stäbe nicht mit einer Anstrengung des Willens auseinanderbiegen?»

*Der Episkopat*

Jakunins Anklage richtet sich gegen den gesamten Episkopat der russischen Kirche. Er würdigt dabei durchaus die politischen Umstände.

Ein Bischofskandidat gilt heute nur noch als genehm, wenn die KGB-Organen seine Einwilligung zur Zusammenarbeit mit ihnen in der Hand haben. Und um zu verhindern, dass ein solcher Kandidat später öffentlich bereut und seinen Fehltritt eingesteht, ist seit Chruschtschow ein weiteres Kriterium dazugekommen: Der Kandidat für das Bischofsamt sollte unbedingt einen «moralischen Defekt» haben, der bei den «Organen» registriert ist und sie in die Lage versetzt, den Betroffenen ständig «im Würgegriff zu halten».

Vom heutigen Episkopat sei nicht der geringste Versuch zu erwarten, eine Verbesserung der Lage zu erreichen, um so weniger, als nur noch solche Personen ernannt werden, von denen kein Widerstand gegen die Einmischung des Staates in kirchliche Angelegenheiten zu erwarten ist. Charakteristisch in dieser Beziehung sei die zunehmende Zahl von Bischöfen, welche die «Schule des Kirchlichen Aussenamts» durchlaufen haben und dabei zum Typ des «umgänglichen, disziplinierten, in der Fügsamkeit gegenüber den Sowjetbehörden trainierten und zugleich im Umgang mit Ausländern äusserst geschickten Hierarchen» werden. Solchen Bischöfen werde es zur Hebung ihres Ansehens ausnahmsweise gestattet, in ihren Eparchien mehr Wirksamkeit zu entfalten.

Eine der beklagenswertesten Erscheinungen ist es nach Jakunin, dass die bischöfliche Gewalt entweder überhaupt nicht mehr eingesetzt werde, um gegen kirchenschädliche Elemente vorzugehen, oder aber gegen die Kirche selbst angewandt werde. Dies bezieht sich vor allem auf die Tatsache, dass es in jeder Eparchie Geistliche, Kirchenälteste und verantwortliche Gemeindeglieder gibt, die durch ihr sittenwidriges Verhalten zu einer inneren Zersetzung der Gemeinden beitragen. Diese Personen werden gewöhnlich von der Behörde gestützt und dokumentieren durch ihr unverfrorenes Auftreten, dass sie keine kirchlichen Disziplinarmaßnahmen zu erwarten haben. Jakunin führt den Fall des Erzbischofs Bogolep von Kirowograd und Nikolajew aus dem Jahre 1975 als Beispiel dafür an, dass ein Bischof, der es dennoch wagt, gegen solche Personen kirchliche Sanktionen anzuwenden, sein Amt riskiert. Erzbischof Bogolep hatte einem sittlich verkommenen Priester in der ukrainischen Stadt Nikolajew die Ausübung des geistlichen Amtes verboten. Einen Monat später sah er sich seinerseits in den Ruhestand versetzt.

Andererseits wurden Gläubige der Uspenskij-Kirche in Pawlograd, die sich im Interesse der Kirchenzucht gegen das kirchenschädliche Verhalten gewisser Personen gewandt hatten, im Juli 1978 vom Eparchialbischof Erzbischof Leontij von Simferopol exkommuniziert (obwohl dieser zunächst ihr Vorgehen gebilligt hatte; offensichtlich

musste er sich aber dem Druck der Behörde beugen).

Die Wirtschaftsverwaltung des Moskauer Patriarchats wird von der staatlichen Aufsichtsbehörde ständig gebremst und kontrolliert. Das gilt auch für die kirchlichen Finanzen im allgemeinen. Keine Gemeinde kann ohne staatliches Einverständnis eine grössere Summe von ihrem Konto abheben. Auf der anderen Seite wird den Gemeinden und kirchlichen Stellen durch die an den Friedensfonds, für Denkmalschutz und andere nichtkirchliche Zwecke abzuführenden Summen eine ständig schwerer werdende finanzielle Bürde auferlegt. Für dringende kirchliche Bedürfnisse aber darf kein Geld ausgegeben werden, z. B. Anschaffung eines Fahrzeuges für Gemeinden, deren Gebiet sich auf viele Dutzende von Kilometern erstreckt, oder Wohnhäuser für den Klerus. Diese Verbote gelten allerdings nicht für die Bischöfe. Die Eparchialverwaltungen dürfen ihre Mittel zum Bau und Kauf von Häusern zur Anschaffung von Kraftfahrzeugen verwenden, die für die Bischöfe bestimmt sind.

*Publikationen*

Die «Zeitschrift des Moskauer Patriarchats», in einer Gesamtauflage von etwa 23 000 Exemplaren auf russisch und englisch herausgegeben, unterliegt einer strengen Zensur durch den «Rat für Religiöse Angelegenheiten» beim Ministerrat der UdSSR. Folgende Themen dürfen nicht behandelt werden: Apologetik, Kritik des Materialismus, Themen zur Hebung des pastoralen Niveaus, wie methodische Anweisungen zur Beichtpraxis, Predigt usw. Auch religiöse Veröffentlichungen für Kinder sind verboten.

*Das Aussenamt des Moskauer Patriarchats*

Der Abteilung für kirchliche Auslandsbeziehungen fällt nach Jakunin in erster Linie die «vorbehaltlose Unterstützung des Sowjetstaates auf internationaler Ebene» zu.

Weiter bestehe ihre Aufgabe darin, «die Aussen- und Innenpolitik der UdSSR zu rechtfertigen und sie nach Möglichkeit mit Hilfe religiöser Terminologie und Theologie in eine kirchlich-theologische Form zu kleiden, sie in der für das Moskauer Patriarchat erreichbaren internationalen Sphäre aktiv zu propagieren und als die unabhängige, selbständige Haltung der Russischen Orthodoxen Kirche auszugeben».

Die dritte Funktion der Auslandsabteilung bestehe in dem Versuch, eine öffentliche Meinung im Ausland zu schaffen, die vom angeblichen Wohlergehen der Religion in der UdSSR überzeugt ist, und die im Westen entstandene Bewegung zum Schutz der Rechte der Religion und der Gläubigen in der UdSSR zu neutralisieren.

Entsprechend diesen Aufgaben ist nicht nur der Mitarbeiterstab im Aussenamt derart aufgebläht, dass er zahlenmässig alle übrigen Abteilungen des Patriarchats zusammengenommen übertrifft; auch die verschiedenen «Missionen» des Moskauer Patriarchats im Ausland, die sich in Wahrheit keineswegs mit Mission befassen, haben eine Personalbesetzung, die sich auf keine andere Weise erklären lässt. Jakunin fragt: «Wäre es für das Moskauer Patriarchat nicht nützlicher, diese Missionen in die unendlichen Weiten unseres Landes zu entsenden, wo es keine Kirchen gibt?» Die staatliche Kontrolle (besonders auch durch das KGB) über das Aussenamt ist besonders streng.

Bemerkenswerte Feststellungen Jakunins gelten der allgemeinen religiösen Lage im Lande. Die überwiegende Mehrheit der Gläubigen in den Kirchen gehöre nach wie vor zur älteren Generation. Ein grösserer Prozentsatz an Jugendlichen, die nicht zur Intelligenz zählen, sei nur in den Grossstädten, besonders Moskau und Leningrad, zu beobachten. ■

## Prüderesken der Zensur

**Die sowjetischen Zensurbestimmungen für die elektronischen Massenmedien sind im Verlauf der Breschnew-Aera immer enger geworden — und auch immer grotesker. Einige Münsterchen aus ihrer Erfahrung hat Vera Jenutina erzählt, eine frühere Moskauer Schauspielerin, die heute im Westen lebt.**

In einer TV-Kindersendung kam ein drolliger Maikäfer vor. Die Ausstrahlung musste kurzfristig abgesagt werden. Denn zufällig war es gerade Mai, und Breschnew befand sich auf Reisen. Da wollte man dem Verdacht vorbeugen, irgendeine Anspielung eingebaut zu haben.

Vera Jenutina hatte ein Radioprogramm vorbereitet, das mit der Rezitation von Maxim Gorkis «Lied vom Sturmvogel» enden sollte. Dort kommt die Zeile vor: «Mögen nun die Stürme immer stärker wüten!» Der Programmleiter liess Vera kommen: «Was soll das eigentlich heissen, das mit den Stürmen? Das bleibt weg!» Ein besonderer Witz bei der Sache besteht darin, dass Gorkis Text von 1901 in der sowjetenzklopädischen Auslegung als «revolutionäre Proklamation» gepriesen wird. Aber eben: Die Funktionäre von heute sollen zwar die gehabte Revolution verteidigen, aber ihr Reflex gebietet ihnen, sich vor dem Aktualisierungspotential zu hüten.

Das gleiche nur scheinbare Paradox bestimmte auch das Schicksal einer Sendereihe für Kinder am Radio: «Völker der Welt in ihrer Vergangenheit.» Sie zeichnete den Kampf imperialistisch unterdrückter Völker für ihre Unabhängigkeit auf. Ein ideologisch willkommenes Thema, sollte man meinen. Aber nein, die Fortsetzung der Reihe wurde plötzlich verboten. Offenbar befürchtete man unziemliche Vergleiche mit der Lage der «Nationalitäten» in der UdSSR von heute. Das politische Bewusstsein verklemt sich im schlechten Gewissen.

Dafür gibt es wenigstens wunderbar eindeutige Vorstellungen darüber, wie die Normen des moralischen Bewusstseins einzuhalten sind. Nämlich: Streicht alles, was mit Sex oder Alkohol zu tun hat, und näht die sauberen Stellen sauberlich zusammen.

Das Staatskomitee für Radio und Television, d. h. vielmehr sein Vorsitzender Lapin persönlich, erliess ein doppeltes Verbot: es betraf den Gebrauch des Wortes «Wodka» und die Wiedergabe von Trinkszenen.

(Fortsetzung auf Seite 12)

## Prüderesken

(Fortsetzung von Seite 11)

Die Instruktion wirkte sich besonders schöpferisch aus, als man in den TV-Studios Ostankino einen usbekischen Film synchronisierte, mit einem Trunkenbold als Hauptcharakter. Die bewussten Szenen wurden en bloc geschnitten, aber vom Wodka war einfach die ganze Zeit die Rede. Was also tun? Der Redaktor schlug «heisses Wasser» vor.

Kurz bevor Vera Jenutina die Sowjetunion verliess, bearbeitete man einen Film von Gogols «Revisor» für das Fernsehen. Jeder Russe kennt die Szene mit dem betrunkenen Chlestakow, aber man entschied, dass er für die Fernsehzuschauer nicht betrunken sein dürfe. So brachte man die erforderlichen textlichen und lautlichen Verbesserungen an, die ihn «übermütig gelaunt» erscheinen lassen sollten; die Kombination vom originalen Bild mit der neuen Tonbandstelle war einzigartig.

Auch bei der Synchronisierung ausländischer Filme sind neben den politischen noch die moralischen Vorschriften zu berücksichtigen. Im Zweifelsfalle gilt, dass man noch eher den dekadenten Charakter des Kapitalismus verschleiern als dem sowjetischen Ohr Pfu-Sachen zumuten soll.

In einem italienischen Film spielt Anna Magna-

ni die Rolle einer Prostituierten. Sie kauft sich ein Auto und spricht von der harten Berufsarbeit, mit der sie sich das Gefährt verdient habe. In der sowjetischen Version erklärt sie (mit der Stimme von Vera Jenutina), wie ihr «das Legat einer Tante» den Kauf ermöglicht habe.

In einem Film von Zoltan Fabri basiert der zentrale Konflikt auf dem Motiv gleichgeschlechtlicher Liebe in einem Kloster. Da man für die sowjetische Version sorgfältig alles ausschnitt, was mit diesem Motiv im geringsten zu tun hatte, blieb eine schlichtweg unverständliche Handlung übrig. Aehnlich verfuhr man mit Fabris Film «Das fünfte Siegel». Dort liess man alle «überflüssigen» Stellen von «bloss religiösem Interesse» weg. Und das war gerade die Thematik dieses Werkes. Doch so etwas kümmert die Zensoren schon gar nicht. Man zieht sie dann zur Rechenschaft, wenn sie einen unerwünschten Sinn durchlassen. Für schieren Unsinn hat sie noch niemand haftbar gemacht.

Im Falle von politisch heiklen Themen haben einige Fernsehgestalter neuerdings gelernt, den schwarzen Peter der Zensur zuzuspielen. Sie flechten in Präsentation und Dialog so viele Brechnew-Zitate ein, dass der Zensor Hemmungen kriegt: jeder Schnitt zuviel wäre ein Schnitt ins eigene Fleisch. Aber ob man mit diesem Verfahren auch die Rolle einer Prostituierten retten kann...?

man bestimmt nicht aufessen (die Vögel tun es schon zur Genüge), und die Prozenze, die der industriellen Verwertung allfälligerweise entzogen werden könnten, fallen nicht ins Gewicht. Den Leuten auch noch die Brotration zu kürzen, geht schlecht an; sie sind schon verärgert genug über den chronischen bis akuten Mangel an Fleisch, Frischobst und Gemüse.

Die Verluste (Liegenlassen, Lagerung, Transport) gehören zu den permanenten Charakterzügen der sowjetischen Lebensqualität. Vielleicht können die ständigen Vorkehrungen und Ermahnungen zur Besserung dieses Jahr ein bisschen erfolgreicher sein, aber zur grossen Remedur bedürfte es einer Aenderung des Systems.

Bei diesen Verbrauchssektoren lässt sich also wenig machen. Zusätzlich stellt sich nun allerdings die Frage nach den Reserven, ob man sie jetzt «strategisch» nennt oder nicht. Und diese stellen eine unbekannt Grösse dar, eines der wohlbehüteten Staatsgeheimnisse.

An sich könnte also viel davon abhängen, wieviel da zu holen ist. Aber praktisch ist die Frage weniger wichtig. Denn angesichts der internationalen Umstände will man die Vorräte bestimmt lieber aufstocken als abbauen. Ein ernstlicher Rückgriff auf die Reserven gehört nicht zu den Dingen, welche die Führung zulassen wird.

Es bleibt also dabei, dass sich der Importausfall vorwiegend beim Futtergetreide auswirken muss. In einer gehörigen Krise steckt ohnehin die Fleischversorgung, und allfällige Notschlachtungen lassen sie zwar unmittelbar besser, nachher aber schlechter werden. Das kurzfristige Embargo droht also Langzeitwirkung zu haben, und von der geplanten Erhöhung des Viehbestandes wird — konsequente Boykotteinhaltung immer vorausgesetzt — nicht mehr die Rede sein können. Fehlen wird es ferner an Milch und Milchprodukten.

\*

«Ohne die gehörigen Mittel soll man keinen Krieg beginnen.» Wilhelm Busch sagt das zwar à propos Ehe, aber das lässt sich rückübertragen. In der bisherigen Führung ihrer Kriege hat die Sowjetunion bisher stets auf die zutrauliche Hilfe des Westens zählen können. Und wenn sich wenigstens das ändern sollte, wäre es schon etwas.

## Was für Folgen hat der amerikanische Getreideboykott für die Sowjetunion?

### Weniger Fleisch

**Wenn die UdSSR infolge westlicher Teilboykotte weniger Getreide importieren kann, wird es dort zwar immer noch genug Brot zu essen geben, aber weil dazu ein viel grösserer Teil der sowjetischen Eigenproduktion herangezogen werden muss, ergibt sich als unmittelbare Folge eine Knappheit an Futtermitteln.**

Die schlechte Ernte von 1979 brachte den Sowjets statt der geplanten 227 Mio. t Getreide nur 179 Millionen. Man erwartete daher für 1980 einen Import von 34 Mio. t, davon 25 Mio. aus den USA. Den Rest hätte man vornehmlich aus Kanada, Australien und Argentinien bezogen.

Die Sowjetunion exportiert ihrerseits Getreide nach Afghanistan, Nordkorea und Vietnam; man schätzt die Jahresmenge auf 1 Mio. t. Kuba erhält nur sowjetisch finanziertes Getreide (etwa 1 Mio. t); geliefert wird es direkt von Kanada.

Das von Carter angekündigte Embargo bezieht sich nicht auf die 1976 vertraglich zugesicherte Minimallieferung von 8 Mio. t jährlich.

Es scheint, dass diesmal der (Teil-)Boykott international wirksame Ausmasse annehmen kann. Kanada und Australien haben den USA ihre Zusammenarbeit in Aussicht gestellt. Ebenso wollen die EG-Länder ihre Lieferungen (fast) auf die verbindlich kontrahierten Pflichtmengen reduzieren, obwohl ihnen Moskau bereits Sonderprämien für Handel und Zwischenhandel offeriert hat und damit Einkäufe in der Höhe von einer guten halben Million Tonnen tätigen konnte (NZZ, 24.1.1979). Aber den Ersatzpartner wollen und können die Europäer nicht spielen.

Man schätzt, dass via Drittländer etwa 3 Mio. t amerikanisches Getreide nach der Sowjetunion

umgeleitet werden können. Diese hat zudem noch die Aussicht, zusätzlich kleinere Direktlieferungen aus Ländern wie Brasilien oder Ungarn zu erhalten.

Natürlich kommt es darauf an, wie die international koordinierten Massnahmen durchgehalten werden. Das von China mit politischer Promptheit gemeldete Interesse an amerikanischem Weizen (über die Bezüge von 1979 hinaus) erleichtert die Sache.

Wenn die «konzertierte Aktion» klappt, werden die Sowjets dieses Jahr kaum mehr als 15 Mio. t importieren können, das heisst 19 Mio. weniger als vorgesehen.

Wie wirkt sich dieses Minus aus? Zunächst: Man ist auf den Import nicht angewiesen, um einen Hungersnot zu entgehen. Für den menschlichen Bedarf an Brot und Mehlprodukten genügen in der UdSSR etwa 46 Mio. t Getreide. Gewiss eignet sich das normale Importgut (ein Drittel Weizen) besonders gut für direkte Ernährungszwecke, aber damit wurden bisher einfach entsprechende Mengen vom sowjetischen Getreideaufkommen für Futtermittel freigestellt.

Das Manko verschiebt sich also Richtung Viehhaltung. Oder gibt es noch andere Möglichkeiten, um es auszugleichen?

Eine Schätzung (vom amerikanischen Landwirtschaftsministerium) unmittelbar vor Carters Boykottankündigung nahm für dieses Jahr einen sowjetischen Gesamtverbrauch von 228 Mio. t Getreide an. Und zwar in folgender Aufteilung (in Mio. t): Saatgut 28, industrielle Verwertung 4, Ernährung 46, Futter 129, Verluste 22.

Wo kann man da einsparen? Das Saatgut wird



Kolchosmarkt in Kiew.